



Nr. 553. Mittag-Ausgabe.

Dreiundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 25. November 1872.

## Deutschland:

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 7. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (23. Novbr.)

11 Uhr. Um Ministerisch die Minister des Innern und der Justiz mit mehreren Commissarien.

Der Rechnungs-Ausschuss ist gewählt und hat sich constituiert: Virdow (Vors.), v. Mischke-Collande (Stellv.), Riedert (Schrifts.), Kirch (Stellv.), v. Benda, Elsner v. Gronow und v. Wedel (Malcow).

Vom Handelsminister ist eine Vorlage, betreffend die Abstandnahme vom Bau einer Eisenbahn von Eschwege nach Camberg (Gesetz vom 25. März d. J.) und vom Justizminister der bereits in der vorigen Session eingebrochene Gesetzentwurf, betreffend das zur Geschäftsführung erforderliche Lebensalter aufs neue an das Haus gelangt.

Die zweite Beratung der Kreisordnung, die gestern bei § 83 stehen geblieben war, wird fortgesetzt. Der Titel 3 handelt von der Vertretung und Verwaltung des Kreises, sein erster Abschnitt von der Zusammensetzung des Kreistages. Seine ersten beiden §§ (84 und 85), die von der Zahl der Mitglieder des Kreistages und von der Bildung der Wahlverbände handeln, werden ohne Discussion genehmigt. Eine lebhafte Verhandlung knüpft sich jedoch an § 86 (Bildung des Wahlverbandes der größeren ländlichen Grundbesitzer) und den mit ihm in enger Verbindung stehenden und daher gleichzeitig zur Discussion gestellten § 183. Sie lauten:

§ 80. Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einfluß der juristischen Personen. Aciens-Gesellschaften und Commandit-Gesellschaften aus Aciens, welche von ihrem gesamten, auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigentum den Betrag von mindestens 75 Thalern an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 zur Grund- beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt wären. Nach Erlass der Provinzial-Ordnung bleibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise der selben den Betrag von 75 Thalern auf den Betrag von 100 Thalern zu erhöhen oder bis auf den Betrag von 50 Thalern zu ermäßigen. Für einzelne Kreise der Provinz Sachsen darf diese Erhöhung bis zu dem Betrage von 150 Thalern erfolgen. Dem Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbetreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatz veranlagt sind.

§ 83. Bis zu einer anderweitigen Beschlussfassung der Provinzial-Vertretungen tritt an die Stelle des im § 86 festgestellten Betrages von 75 Thlern, Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 100 Thalern und für die Kreise des Regierungsbezirks Stralsund der Betrag von 250 Thalern.

Abg. Paricius beantragt zu §§ 86 und die folgenden: Die Staatsregierung aufzuordnen, zur Benutzung für die dritte Beratung schleunigst die früher dem Landtag übergebenen statistischen Nachweisen über alle Kreise der beteiligten sechs Provinzen zu ergänzen durch den Nachweis, wie viel von den auf dem platten Lande an Grund- und Gebäudesteuer zu entrichtenden Beträgen auf die mindestens 75 Thlr. und auf die mindestens 75 Thlr. und auf die mindestens 50 Thlr. zahlenden Grundbesitzer fällt, und wie groß die Zahl in beiden Kategorien von Grundbesitzern ist?

Und derselbe Abgeordnete zu § 183: Die Staatsregierung aufzufordern, zur Benutzung für die dritte Beratung schleunigst eine statistische Nachweizung in Betreff aller Kreise der Provinz Sachsen darüber bezüglich: wie viel von dem auf dem platten Lande an Grund- und Gebäudesteuer zu zahlenden Beträgen auf die mindestens 100 Thlr. zahlenden Grundbesitzer fällt, und wie groß deren Zahl ist?

Abg. Borsius: Bündigt bestrebt ich nur eine genauere Information des Hauses über die Zusammensetzung der Kreisverbände. Es liegt im Interesse der gesamten Volksvertretung ohne Unterschied der Parteien, daß wir vor der definitiven Beschlussfassung, also vor der dritten Beratung, genau darüber unterrichtet sind, wie nun der Kreistag zusammengelegt sein wird, wenn diese Kreisordnung wirklich Gesetz wird. Das sie ein ganz erheblicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ist, darüber ist ja kein Zweifel; aber das Wesentliche für die einzelnen Kreise wird immer die Zusammensetzung der Kreistage sein. Ebenso muß es auch im Interesse der Regierung liegen, der Volksvertretung vor der definitiven Entscheidung ein klares Bild dieser Verhältnisse zu geben. Die Regierung ist dazu auch wohl im Stande; denn in Folge der vor dem Herrenhaus bei der dortigen Commissionsberatung geforderten statistischen Nachweisen hat der Minister des Innern die betreffenden Zahlen in seinen Akten. Die damals im Herrenhaus gegebenen und veröffentlichten Ziffern geben aber nur ein höchst unvollkommenes Bild von der künftigen Vertretung und von dem Bestandteile der größeren ländlichen Grundbesitzer in den einzelnen Kreise. Was den § 183 betrifft, so ist hier ein genaues statistisches Material um so nothwendiger, als in der gegenwärtigen Vorlage für die ganze Provinz Sachsen eine Ausnahmestellung vorgeschlagen wird, die nach der Angabe des Ministers des Innern auf statistischen Erhebungen beruht. Der Minister hat uns hier bei Überereichung des Entwurfs die nothwendigen statistischen Nachweisen und Zahlen ausdrücklich zur näheren Prüfung angeboten. Das Abgeordnetenhaus ist es der Provinz Sachsen schuldig, sich dieser Prüfung zu unterziehen.

Ich habe mir aus dem vorliegenden, doch höchst unvollständigen Material eine Aufstellung gemacht, 1) von einzelnen Kreisen der Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Erfurt, geordnet nach dem durchschnittlichen Grundsteuer-Meinertrag, von der Zahl der Besitzer, welche an Grund- und Gebäudesteuer mindestens 75 Thlr. entrichten, von der Zahl der darunter befindlichen kreistagsähnlichen Rittergüter, von der Zahl der Besitzer, die mindestens 100 Thlr. an Grund- und Gebäudesteuer zahlen, von der Zahl der hierunter befindlichen Rittergutsbesitzer und endlich von dem maßgeblichen Verhältniß der Beträge an Grund- und Gebäudesteuer, welche die unter Nr. 4 angeführten Besitzer zahlen zu den Beträgen der übrigen Besitzer des platten Landes. Nach dieser Aufstellung wird es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß der Regierungsvortrag in § 183 nur für wenige Kreise in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg als zweckmäßig hingestellt werden kann, während für die Mehrzahl der Kreise dieser beiden Regierungsbezirke und für alle Kreise des Regierungsbezirks Erfurt die im § 86 vorbehaltene, spätere Ermäßigung der betreffenden Grenze von 75 Thlr. auf 50 Thlr. zweckmäßig und nothwendig erscheint. Wenn einzelne wenige Kreise eine derartige Ausnahme verdienen, wie sie im § 183 statuirt wird, so können Sie doch deshalb unmöglich die ganze Provinz gewissermaßen abstrafen wollen. Ich bitte das Haus dringend, meine Anträge anzunehmen.

Geh. Rath Persius: Ich vermag die Zufügung nicht zu ertheilen, daß dem Hause in wenigen Tagen bis zur dritten Lesung die von dem Antragsteller gewünschten statistischen Nachweisen vollständig vorgelegt werden können. In Betreff einiger wäre dies möglich, in Betreff anderer aber nicht, da das überhaupt vorhandene Material erst durch Rückfrage an die Kreisbehörden ergänzt werden müßt. Was nun die Provinz Sachsen betrifft, und den § 183, so ist die darin vorgeschlagene Erhöhung von wesentlichem Einfluß, namentlich auf diejenigen Kreise, in denen der Suderribbenbau betrieben wird, von geringerem in den übrigen Kreisen. Seien Sie die Aufstellung des Antragstellers genau durch, so werden Sie finden, daß es für eine größere Anzahl von Kreisen einen sehr geringen Unterschied macht, ob Sie den Minimalsatz der Grundsteuer auf 75 oder auf 100 Thlr. festsetzen. So ist z. B. im Kreise Trichow die Zahl der 75 Thlr. entrichtenden Besitzer 45 und die der 100 Thlr. zahlenden 41, im Kreise Salzwedel 15 resp. 13 im Kreise Wohlwinkel 177 resp. 156, im Kreise Osterburg 88 resp. 79, im Kreise Lauenwerder 22 resp. 20 u. s. w. Die Regierung hat nur allerdings wohl in Erwägung genommen, ob es nothwendig sei, den Satz von 100 Thlr. gleichmäßig auf die ganze Provinz auszudehnen, sie hat aber geglaubt, vor Sonderbestimmungen im Einzelnen Abstand nehmen zu können, weil eine natürliche Correctur in dem Gesetze selbst gegeben ist, nämlich die Remedium seitens derjenigen Behörde, welche die einschlägigen Einzel-Verhältnisse am besten kennen müssen und das ist die Provinzial-Vertretung. Im Ganzen

find die Sätze, die der Entwurf aufstellt, durchaus richtig gegriffen und ich kann das Haus nur bitten, sie anzunehmen.

Abg. Stengel legt einen besonderen Werth auf die von Paricius erbetenen Informationen, weil man die Verhältnisse aus den bereits erhaltenen Nachweisen genügend beurtheilen kann. Dagegen ist er nicht einverstanden mit den in §§ 86 und 183 enthaltenen Spezialbestimmungen, welche die Scheidegrenze zwischen großem und kleinem Grundbesitz für die Provinz Sachsen höher stellen, als in den übrigen Provinzen; die bürgerlichen Besitzer, welche in den wohlhabenden Kreisen des Regierungsbezirks Magdeburg die große Majorität der großen Grundbesitzer bilden würden, seien gebildete und intelligente Leute, denen man ihr volles Recht in der Kreisvertretung gern gewähren könne. Er erwartet indessen, daß durch die reformierte Provinzialvertretung Remedium eintreten wird, und will sich deshalb bei der Vorlage beruhigen, weil er es für die Pflicht eines jeden hält, dem das baldige Zustandekommen der Kreisordnung am Herzen liegt, in Spezialbestimmungen ein Opfer zu bringen und die schnelle Verwirklichung der Reform zu fördern.

Abg. v. Mischke-Collande: Ich erkläre, daß ich es durchaus richtig finde, den Städten und dem platten Lande eine größere Vertretung in den Kreistagen zu geben, als sie gegenwärtig haben, ja ich würde noch weiter gehen als das Herrenhaus und dafür stimmen, daß die Großgrundbesitzer nur ein Drittel der Vertreter bilden. Aber damit freilich, daß die Großgrundbesitzer bloß nach der Steuerquote von den anderen Städten unterscheiden werden kann, kann ich mich nur und nimmermehr einverstanden erklären. Den Rittergutsbesitzern — verzeihe Sie (nach links gewendet), daß ich das Wort „Ritter“ heute noch gebrauche (Heiterkeit) — findet ja schon beinahe ihre sämtlichen Rechte genommen, und nun sollen sie nicht einmal mehr eine gemeindliche und besondere Repräsentation haben? Der alte bestehende Grundbesitz ist durch Jahrhunderte mit den Kreisen vereint gewesen, auf ihn ist ja unser Herrenhaus grösstertheils gebaut, und do wollen Sie, daß das Herrenhaus sich selbst die Stütze unter den Füßen fortziehe? (Ruf links: Fal Heiterkeit) Ich weiß wohl, daß meine Worte wenig Erfolg bei Ihnen haben werden, und wenn ich nicht an meine Wähler dachte und wüßte, wie unangenehm ihnen das wäre, so würde ich am liebsten noch heute mein Mandat niedergelegen, als eine so hoffnungslose Sache noch länger verteidigen. Und das wird mir um so schwerer gemacht, als ich immer eine besondere Verehrung und Hochachtung vor dem Herrn Minister des Innern gehabt habe!

§ 89, der von der Bertheilung der Kreistags-Abgeordneten auf die drei Wahlverbände (größere Grundbesitzer, Landgemeinden und Städte) handelt, bestimmt in Betreff der städtischen Abgeordneten, daß ihre Zahl die Hälfte und in denjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel der Gesamtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen darf.

Dazu beantragt v. Gottberg: Die Zahl der städtischen Abgeordneten darf jedoch niemals die Hälfte derjenigen Zahl übersteigen, welche den anderen beiden Wahlverbänden gemeinschaftlich zusteht.

Abg. v. Wedel-Menzlin: Der § 89 der jetzigen Vorlage gewährt den Städten mehr als die frühere Vorlage. Der entsprechende Paragraph der letzteren war kurz damit motivirt, es soll kein Wahlverband Gelegenheit haben, die andern beiden zu majorisieren. Diese Gefahr tritt aber bei den Bestimmungen des vorliegenden § 89 sehr leicht ein. Die Städte in Neu-Borpommern haben von jeher eine sehr selbstständige Stellung gehabt und es hat sich in ihnen ein Element herausgebildet, welches dem ländlichen in gewisser Beziehung entgegensteht. Wenn diese Städte die Hälfte der Vertreter bekommen, so liegt die Gefahr nur zu nahe, daß sie das platte Land majorisieren. Dann wird der Kreis ein gehorsamer Diener der Städte. (Im Centrum: Sehr wahr!) Ein loyaler Mann kann für ein großes Werk ein Opfer bringen, und dazu habe ich mich bereit erklärt: aber ich wäre ein Pflichtvergeßener Abgeordneter und Landrat, wenn ich einem solchen Paragraphen zustimme. Ich bitte Sie deshalb, das Amendum anzunehmen. Es ist das Amendum sprechen noch Stütze und v. Mallindrodt; gegen dasselbe v. Kardorff: Die Städte in Neu-Borpommern sind größtertheils Großgrundbesitzer und haben also auch Interesse für die ländlichen Verhältnisse. Meines Wissens sind es nur zwei Kreise, bei welchen das Bedenken wirklich eintreten könnte, welches Abg. v. Wedel ausgesprochen hat. Aber solche Bedenken muß man kurz beseitigen, wenn man eine große Reform

hierauf wird das Amendum abgelehnt und § 89 der Vorlage angenommen. § 90 der Vorlage bestimmt: „Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer Wahlberechtigten (§ 86) in einem Kreise unter der ihm Verbände nach § 89 zukommenden Abgeordnetenzahl, so wählt dieser Verband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden sind, und fällt die demselben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.“

Abg. v. Donat beantragt für die gesperrt gedruckten Worte zu lesen:

„dennoch so viele Abgeordnete, als ihm nach § 89 zutreffen.“

Dieser Antrag wird jedoch, nachdem sich der Regierung-Commissar dagegen erklärt hat, abgelehnt und § 90 der Vorlage angenommen.

§ 100 handelt von der Vertretung der Landgemeinden durch Wählermänner; v. Gottberg beantragt statt deren die Gemeindevorsteher und Schöffen zu lesen.

Abg. Holz: Unser Amendum will den § 82 der früheren Vorlage wiederherstellen und verlangt nur, daß den Schulzen und Schöffen so viel Vertrauen geschenkt werde, daß sie die geeigneten Vertreter der Gemeinde sind. Wir sind prinzipielle Gegner der Wahlen und wollen sie nur dann einsetzen lassen, wo sie nicht zu vermeiden sind, und ich glaube, daß die Regierung nur auf die apodiktische Forderung jener Seite (nach links) des Hauses diesen Paragraphen aufgenommen. Es wird aber nicht leicht sein, eine Kreisvertretung zu schaffen, wie wir sie gegenwärtig haben. Sie hat eine lange Zeit mit einer Uneigentümlichkeit und Selbstverleugnung (Widerpruch links, sehr richtig, rechts) die Interessen des Kreises wahrgenommen, wie ich von der neuen nicht hoffe. Wenn Sie das Amendum annehmen, so stellen Sie an die Stelle der Agitation die gesetzliche Autorität. Ich weiß sehr wohl, daß Sie an Ihren Prinzipien festhalten werden; verlangen Sie also nicht von uns, daß wir die unseriösen aufgeben.

Abg. v. Benda: Es ist mir nicht klar, weshalb Sie auf die Vermeidung der Wahlen ein so großes Gewicht legen. Wenn Sie Ihr System einführen wollen, wird es ungemein unheilvolle Wirkungen hervorbringen, die hauptsächlich die Großgrundbesitzer treffen werden. Denn darüber dürfen Sie sich nicht läugnen, daß die Schulzen und Schöffen bei der großen Macht des Landrats wesentlich von diesem abhängig sein werden. Ich gebe zu, daß unter den angefeindeten Landräthen eine Reihe verdienstvoller Männer ist, die durch ihre Opposition gegen die Regierung sich verdorben haben, aber keineswegs ist diese Opposition in allen Fällen wünschenswert und erfolgreich. Wir haben in unserem Kreise einen nicht angestellten, einen jugendlichen Streber, wie gestern hier gesagt wurde, und die Bauern sind sehr aufreden mit ihm. (Heiterkeit) Wollen Sie die wahren Interessen des Kreises vertreten, so stimmen Sie gegen das Amendum.

Abg. v. Meyer: Die Schulzen und Schöffen, wenn sie auch von dem Gutsbesitzer ernannt werden können, werden dennoch fast immer von der Gemeinde gewählt, weil der Gutsbesitzer sich mit den hervorragendsten Mitgliedern derselben über eine zu wählende Persönlichkeit beschäftigt. Die Bauern wollen aber gar nicht wählen. Wenn sie wählen, versetzen sie leicht in den Fehler, jemand zu wählen, der vielleicht durch seine Feudergewandtheit zum Amt geeignet ist, aber kein Ansehen besitzt. Denn es ist eine bekannte Erfahrung, daß die Stellung eines jeden auf dem Lande von dem Grundbesitz abhängt, den er hinter sich hat. Ich will nun die Autorität des Schulzen dadurch wieder hergestellt sehen, daß er zugleich Wahlmann sei. — Das Hauptbedenken, welches geltend gemacht ist, daß nämlich die Mehrzahl der Schulzen mit dem Landrat gehen werde, ist hinfällig. Wo es sich um Geld handelt, geht der Bauer nicht mit dem Landrat, das ist die wunde Stelle zwischen Landrat und Bauer. Aber ich will auf dem Kreistage nur obrigkeitliche Personen.

Personlich bemerkte darauf Prinz Handjery: Ich habe dem Herrn Abg. v. Benda meinen Dank auszustatten, daß er mir als seinen Landrat zuvertraut ist, nur habe ich mich gegen den Vorwurf eines „Strebers“ zu verteidigen; ich strebe durchaus nach keinem andern Amt; wogegen Abg.

v. Benda erwidert: Wenn ich den Ausdruck gebraucht, so habe ich nicht aus meiner Seele gesprochen, sondern nur einen Ausdruck, den der Abg. v. Meyer gestern gebraucht hat, wieder aufgenommen. In namentlicher Abstimmung wird darauf das Amendum v. Gottberg abgelehnt und § 100 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Das Amendum v. Gottberg wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 286 gegen 66 Stimmen verworfen (für das Centrum), § 100 der Vorlage mit großer Majorität angenommen. Nach zunehmiger Annahme des ganzen ersten Abstimmung wird darauf das Amendum v. Gottberg abgelehnt und § 100 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Bei § 181 bellagen es Eberty und Richter (Sangerhausen), daß die Bewohner der standesherrlichen Grafschaft Stolberg in der Provinz Sachsen so lange in eine Ausschmelzung gedrangt seien sollen, bis der Auschluß an die Grundzüge des vorliegenden Gesetzes befußt Regelung der Gemeinde- und Polizei-Verwaltung mit der Stolberger Familie vereinbart sei werde. Es liegt auch eine darauf bezügliche Petition vor, über welche bei der dritten Lesung der Vorlage erstatut werden wird.

Nachdem der Abg. Szuman die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung die Vereinbarung nicht auf die lange Bank schieben werde, wird § 181 der Vorlage genehmigt.

§ 182, welcher bestimmt, daß die Kreisordnung auf die Provinz Posen bis auf Weiteres keine Anwendung finden soll, daß sie jedoch in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Theilen für die ganze Provinz oder für einzelne Kreise derselben durch königliche Verordnung in Kraft gesetzt werden kann, beantragt Szuman und Genossen zu streichen.

Abg. Szuman: Ich will nur nochmals constatiren, daß alle Gründe, welche der Minister des Innern für diese Bestimmung angeführt hat, nichts als hohle Phrasen oder ihnen doch so ähnlich seien, wie ein Et dem andern. Ob wir reif sind für diese Reform, kann der Minister nicht entscheiden; wenn ich es behaupten und er bestreitet es, so hat die eine Behauptung so viel Werth, wie die andere; die Erfahrung allein kann darüber endgültig entscheiden. Sie wollen uns ein Ausnahmegesetz octroyieren, nur weil wir das Vaterunser in einer andern Sprache beten, wie Sie? Von der Gerechtigkeit abweichen, heißt eine schief Ebene betreten; erst fällt der Mantel, dann der Herzog, wie Berrina sagt. Es handelt sich hier um eine Frage der politischen Ehre; entscheiden Sie sie!

Minister des Innern: Ob meine Argumente für diesen Paragraphen hohle Phrasen gewesen sind oder nicht, überlässe ich der Majorität; Ihr Votum wird es entscheiden.

Abg. Witt (Posen): Als deutscher Abgeordneter der Provinz Posen stimme ich dem Paragraphen zu. Wenn Herr v. Mallindrodt ihn neulich aufgestellt, so kennt er eben unsere provinziellen Verhältnisse nicht. Ueberhaupt ich weiß nicht, wenn diese Herren über volkliche Dinge sprechen ich kann nicht entscheiden, ob ich Deutsche oder Polen vor mir habe. Ich erkenne an, daß der Paragraph ein Ausnahmegesetz ist, aber in unserer Provinz herrschen aus Ausnahmeständen. Bei dem geringsten Anlaß, bei jeder politischen oder kommunalen Wahl plagen die beiden Nationalitäten auseinander; ich will nicht untersuchen, welche von beiden die Schuld trägt, aber in jedem Falle ist in einer so gemischten und zwieträchtigen Bevölkerung die Einführung der Selbstverwaltung eine Unmöglichkeit. Darin ist der größte Theil der Deutschen im Großherzogthum mit einverstanden. Noch entscheidender aber ist für mich der Umstand, daß die Regierung unter keinen Umständen auf den Paragraphen verzichten will. Scheitern darf an ihm das Gesetz nicht und nur den Wunsch spreche ich schließlich noch aus, meinen Heimatländern sobald als möglich zu Theil werden lassen möge.

Abg. v. Mallindrodt: Wenn der Herr Vorredner nicht untersteht kann, ob ich mich als Deutscher oder als Pole dieser Bestimmung gegenüberstelle, so nehm ich diese Anerkennung mit Dank entgegen und betrachte sie als ein wahrer Lob. Wenn ich bei

wird die dritte Lesung das nämliche Resultat ergeben, so daß zu Ende der gegenwärtigen Woche die Vorlage an das Herrenhaus gelangen kann. Man erwartet, daß dieses am 2. oder 3. December über die geschäftliche Behandlung der Vorlage Besluß fassen wird. — Die bisherigen Mitteilungen über die Sitzung des Staatsministeriums am Freitag entbehren der Begründung. Namentlich ist es falsch, wenn von zwei Paarsäften gesprochen wird, welche einerseits aus dem Ministerium des Innern, andererseits aus Varzin stammen sollen. Es ist selbstverständlich, daß die betreffenden Vorschläge vom Minister des Innern auszugehen haben. Fürst Bismarck hat sich von vornherein, vollends aber seit seiner jüngsten Erkrankung sich jeder besonderen Einwirkung auf die schwedenden Angelegenheiten enthalten.

= [Die obligatorische Civilehe.] Abermals ist das Gerücht verbreitet, daß der Gesetzentwurf über Einführung der obligatorischen Civilehe die Allerhöchste Sanction Sr. Majestät der Kaisers erlangt hätte. Dies ist factisch unrichtig und hängt wohl mit der Thatsache zusammen, daß allerdings der Cultusminister vorgestern dem Kaiser Vortrag über die Angelegenheit gehalten hat. Eine staatsministeriale Sitzung wird jedenfalls vorausgehen müssen, um die Allerhöchste Ermächtigung einzuholen. Jedenfalls aber ist die Uebermittlung des Entwurfs an das Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen zu erwarten, sie wird die Reihe der wichtigen parlamentarischen Ereignisse vermehren, denen man für die nächste Woche entgegen sieht.

D. R. C. [Die Civilehe.] Gestern empfing der Kaiser den Cultusminister Dr. Falk in einer Audienz und ließ sich, wie es heißt, von demselben Vortrag über den Gesetz-Entwurf über die Civilehe halten, der im Entwurf nunmehr in den Berathungen der Commissarien des Cultus- und des Justizwesens vollendet sein soll. Der Entwurf wird demnächst in einer Minister-Conferenz einer Berathung unterworfen werden, doch dürfte es, wie man glaubt, nicht unmöglich sein, daß bei der Wichtigkeit der Vorlage auch der Kaiser an dieser Berathung teilnehmen wird.

D. R. C. [Der Präsident des Abgeordnetenhauses Oberbürgermeister von Forckenbeck] durfte in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung zum letzten Male das Präsidium im Abgeordnetenhaus führen, weil, wie es heißt, seine Berufung in das Herrenhaus gleichzeitig mit der der neuen Pairs erfolgen wird. Über den Nachfolger des Herrn v. Forckenbeck im Präsidium des Abgeordnetenhauses läßt sich immer noch nichts Näheres mittheilen, da man im Abgeordnetenhaus selbst diese Frage immer noch als eine offene, aber wohl richtiger gesagt, als eine schwer zu lösende betrachtet, da es tatsächlich — man fühlt das in allen Fraktionen — an einer geeigneten Persönlichkeit mangelt, welche in gleich hohem Maße wie Herr von Forckenbeck alle Eigenschaften eines Präsidenten auf sich vereinigt. Namen aus verschiedenen Fraktionen werden vorgeschlagen, stets aber beweist die zweifelhafte Miliee, mit welcher der Vorschlagende seine Proposition begleitet, daß er selbst nicht einmal daran glaubt, daß der Vorschlagende die Majorität auf sich vereinigen werde. Hier kann man wirklich sagen: „das Abgeordnetenhaus in tausend Angst“, um so mehr, wenn man bedenkt, daß diese Frage schon in der allerkürzesten Zeit an ihre Lösung herantritt.

Königsberg i. Pr., 23. November. [Quarantäne.] Der Dampfer „Wilhelm I.“, welcher von Petersburg in Pillau eingetroffen ist, muß wegen der in russischen Häfen herrschenden Cholera Quarantäne halten. Der Gesundheitszustand der Mannschaft ist ein zufriedenstellender.

Dortmund, 21. November. [Niederrage der Ultramontanen.] In der heute Mittag beendeten Wahl von zwölf Stadtverordneten, für welche die ultramontane Partei die äußersten Anstrengungen gemacht, ist dieselbe gänzlich unterlegen und haben die Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien einen glänzenden Sieg davongetragen. Es ist dies um so bemerkenswerther, als Dortmund über 20,000 Katholiken zählt, und die Protestanten nicht über 25,000 gehen. Unter den letzteren befinden sich ziemlich viel conservative Elemente, welche sogar ein eigenes Presbiterium unterhalten und, wenn es gilt, auf Seiten der ultramontanen Partei stehen. Diesmal hat jedoch alles Manderen nichts genützt: in der Metropole Westphalens ist die ultramontane Partei total geschlagen worden.

Weimar, 23. November. [Wahl.] Bei der im Neustädtischen Kreise stattgehabten Neuwahl eines Reichstagsabgeordneten wurde der seitlerige Abgeordnete Genast mit 5323 von 8502 Stimmen wieder gewählt. 2309 Stimmen fielen auf Siefert, 816 auf Liebnecht.

Aus Baiern, 21. Novbr. [Schließung des katholischen Casino.] Durch Besluß des l. Bezirksamt Forchheim vom 15. d. wurde das in Forchheim bestehende katholische Casino als politischer Verein erklärt und geschlossen. Das l. Bezirksamt Ebermannstadt hat, wie vor einigen Tagen den Ebermannstädter „katholischen Volksverein“, nun auch den gleichen Verein zu Preßfeld auf Grund der Art. 19, Biss. 2 und 5 des Vereinsgesetzes geschlossen. Nach den erwähnten Gesetzesbestimmungen sind Vereine, welche nicht angezeigt, sohn geheime Versammlungen halten, oder welche die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen, zu schließen.) (Fr. S.)

Karlsruhe, 23. November. [Die Besserung im Bestinden Sr. Kaiserlichen Hohheit des Kronprinzen] des deutschen Reiches schreitet stetig, aber langsam fort, und ist daher über Höchstes Wettereise noch keine Bestimmung getroffen.

Strassburg, 23. Novbr. [Unterstützungs-Comite.] Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und unter Beihilfung eingeborener Elsäßer Männer hat sich ein Centralcomite zur Unterstützung der durch die Ueberschwemmung der Ossée heimgesuchten gebildet.

D e f e r r e i c h . Wien, 23. Novbr. [Graf Uercküll] wird, wie es heißt, an Stelle des jüngst verstorbenen Oberstleutnant Pollak zum österreichischen Militärbevollmächtigten in Rom ernannt werden.

Pest, 23. Novbr. [In der heutigen Sitzung des Unterhauses] wurde der Simonyische Antrag auf Vorlegung aller vom Ministerium seit 6 Jahren abgeschlossenen Verträge, bei dessen Begründung der Antragsteller bestige Angriffe gegen das Ministerium richtete, abgelehnt, die Verhandlung über den Antrag Kortmaris auf Revision der Geschäftsbördnung aber für den 25. d. M. festgesetzt. Der Ministerpräsident Lonyay legte die vom Staatsrechnungshofe revidirten Schlussrechnungen pro 1871 vor und beantragte die Ueberweisung aller Schlussrechnungen an den Finanzausschuss mit dem Unterantrage, daß der Finanzausschuss ein motiviertes Gutachten darüber abgebe, ob Verträge, die für den Staat rechtsverbindlich sind, irgend eine legislatorische Thätigkeit aber nicht voraussez, ohne Schädigung des Wirkungskreises der ganzen Administration zur Kenntnis des Hauses gebracht werden können. Die Berathung über diesen Antrag soll demnächst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

F r a n k r e i c h . Paris, 22. November. [Zur Krisis. — Versöhnungsversuche und Reformprojekte. — Adresse des Pariser Handelsstandes. — Sitzung der National-Versammlung. — Das Geschwornengesetz. — Die algerischen Generalräthe.]

Die Elsäßer in Algier.] Wir werden uns heute nicht lange bei der Krisis aufzuhalten. Es ist seit gestern so gut wie keine Veränderung eingetreten, und nach wie vor erwarten die Elsäßer alles Heil die Andern alles Unheil von der Berathung in der Commission Kerdrel, welche heute Herrn Thiers hören wird. Um genau zu sein, müssen wir indeß sagen, daß die Zahl derjenigen, die an einer Versöhnung glauben, gestiegen ist. Um diese Hoffnung zu rechtfertigen, stützt man sich unter Andern auf eine Note, welche Raoul Duval, der Secretär der Kerdrel'schen Commission, dem „Soir“ zugestellt hat. Darin verwahrt sich Duval gegen den Vorwurf, als habe er sich mit großer Heftigkeit gegen Thiers ausgesprochen, dessen Verdienste um das Land er im Gegenheil vollkommen anerkenne. Aber die gegenwärtige Lage sei eine ausnahmsweise, und was man Thiers zugeschehe, dessen Dictatur die öffentliche Meinung sich gefallen läßt, das könne man nicht ohne Gefahr einem Nachfolger zugestehen. Die monarchischen Parteien wollen für den Augenblick auf alle Ansprüche verzichten und die Nothwendigkeit einer Periode der Beruhigung einräumen. Die conservativen Republik, zugegeben; die Verlängerung der Präsidentengewalt auch noch zugegeben, aber sollte auf der anderen Seite Herr Thiers nicht dieser Versammlung von 750 Mitgliedern das Recht zugestehen, zu discutieren, ohne im jedem Augenblick auf die Person des Regierungsoberhauptes zu stoßen? — Man sieht aus dieser Note Herrn Duval's erstens, daß dieser Deputierte nicht in dem Grade, wie man glaubt, zu den schlimmsten Feinden Thiers' gehört, und zweitens, daß anscheinend wirklich die Commission als Hauptversöhnungsbedingung an Thiers die Forderung stellen wird, nicht mehr die Kammerverhandlungen zu besuchen. Es bleibt freilich abzuwarten, wie Thiers das hinnimmt.

Die Herren Casimir Pétier, G. Picard und Laboulaye haben auch erst heute Vormittag eine Unterredung mit Thiers, dem sie das gestern dem linken Centrum vorgelegte Programm vorlegen wollen. Dasselbe resumiert sich, wie wir gesagt haben, in folgenden Punkten: die Gewalt Thiers wird auf 4 Jahre verlängert, und für den Fall der Vacanz dieser Gewalt eine vorübergehende Vicepräsidentschaft angeordnet. Ferner Erneuerung der Versammlung zu einem Viertel alljährlich, Einrichtung einer oberen Kammer und feste Regelung der Verhältnisse der Staatsgewalten zu einander. Das Programm ist von etwa  $\frac{2}{3}$  des linken Centrums angenommen worden, aber blos in Bausch und Bogen, und ein zu discutirenden Reformplan. — Das Ministerium spielt bei allen diesen Vorgängen nur eine untergeordnete Rolle. Man sagt, daß Dufaure und Victor Lefranc entschlossen seien, auf jeden Fall auszutreten, aber alle derartigen Gerüchte verdienen bis jetzt wenig Glauben.

In dem Pariser Handelsstand wird gegenwärtig eine Adresse unterzeichnet, welche Thiers auffordert, sich durch die Opposition der Rechten nicht irre machen zu lassen, und die Intrigen zu verachten, welche ihn blos dazu treiben wollten, daß er seine Entlassung gäbe. Die baldigen allgemeinen Wahlen würden Thiers eine ungeheure Majorität geben. Die Adresse schließt mit den Worten: Vive la République! Vive Monsieur Thiers!

Die gestrige Sitzung der Kammer war etwas belebter, als an den vorhergehenden Tagen. Man votte zunächst das Geschworenengesetz, in der bekannten, von der Regierung befürworteten Fassung mit 461 gegen 178 Stimmen angenommen. Vor der Schlußabstimmung war jedoch noch ein Amendment des frommen Jean Brunet zu bewältigen. Brunet verlangt, daß Niemand Geschworener werden könne, der nicht an Gott glaube, und er hielt eine lange Rede oder Predigt, um diesen Antrag zu motiviren. Die Presse befämpfte denselben. Wie man weiß ist dieser Redner protestantischer Pfarrer und um nicht den Argwohn zuzulassen, daß seine Meinung ihn selbst des Athanasius verdächtig mache, hielt er eine zweite Predigt. Als dritter Prediger trat dann der Berichterstatter Charreyron auf, der gleichfalls große Fähigkeit an den Tag legte, um zu entschuldigen, daß er das Amment zurückweise. Dasselbe ward denn auch verworfen. Das Wunderlichste an Jean Brunet bleibt immer, daß er durch das Patronat des „Siecle“, dieses wahren Antichrist, in die Kammer befördert worden ist.

Man ging hierauf an die Berathung über ein Gesetz, betreffs der algerischen Generalräthe. Es handelt sich da um eine Reform, welche die europäische Civilbevölkerung in Algerien längst begeht hat. Die arabischen Militärhäuptlinge sollen nicht mehr in den Generalräthen Sitz und Stimme haben. Diese Forderung ist von der Commission für das Gesetz zugestanden, und auch von der Regierung angenommen worden. Über eine solche Reform müßtli im höchsten Grade den Militärbureaus, welche von alter Zeit her die algerische Colonie gewissermaßen als ihr Eigentum betrachteten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die arabischen Häuptlinge ganz nach Gefallen der Militärbureaus zu votten pflegen, wenn es ihnen nicht zufällig einmal in den Sinn kommt, eine kleine Empörung zu organisieren, und einige Dutzend Europäern die Köpfe abzuschlagen. Ihre Anwesenheit im Generalrat ist den Colonisten um so lästiger, als die Herren zumeist kein Wort französisch verstehen. Also die Commission hat in dem vorliegenden Gesetz angeordnet, daß die arabischen Häuptlinge unter sich berathen und von den Generalräthen nur consultirt werden sollen. Dagegen sprach der junge Graf Harcourt, der bei der Rechten reichlichen Beifall erntete. Er zog sich eine sehr starke Kritik des algerischen Deputirten Jaques zu. Herr Jaques sprach wie ein Mann, dem die Araber einige 50 Morgen Land abgebrannt haben. Er traktirte sie als die ausblüdligsten Schufte von der Welt. Dies gefiel leider weder der Rechten, noch dem Minister Lefranc, welcher letztere sehr bestürzt über die machtlosen Ausdrücke des Vorredners ganz upbisch seine dem Commissionsprojekte gewährte Zustimmung zurückzog, und die Häuptlinge in den Generalräthen zugelassen wissen wollte — zur gerechten Entrüstung der Linken, wie sich denken läßt, die nämlich in Dufaure, so jetzt in Lefranc einen Ueberläufer erblickte. Man kam nicht zu einem Entschluß, auf Crémieux Forderung wurde die Debatte auf heute vertagt.

Das Amtsblatt bringt einen Bericht des algerischen Gouverneurs de Gueydon, über den vorjährigen Aufstand, der auch den Republikanern zu Ausschließungen Veranlassung geben wird, denn als eine der Ursachen dieses Aufstandes, wird die eine angegeben, daß nach dem Beginnen des Krieges die Militärbureaus in Algerien durch die Angriffe der Radikalen discreditirt worden seien. Einnehmen wir diesem Bericht für heute nur eine Notiz über die neuerdings in Algerien angefeindeten Elsäßer und Lothringer. Es sind deren 28 Familien (195 Personen), welche das im Gesetz vom September 1871 geforderte Capital von 5000 Fr. besitzen und 354 Familien (1835 Personen), welche nicht über dies Capital verfügen.

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, 25. Nov. Der Regierungs-Assessor Wrede ist der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn als Hilfsarbeiter überwiesen worden. Es wurde bestätigt: die Wahl des Kaufmann Ohmann in Friedberg o. D. zum Rathmann derselbst; die Wiederwahl des Buchdruckereibesitzer Ratherrn Kroll und des Färberbesitzer Pilz in Grünberg zu Weiß, des Käffner Kroll und des Färberbesitzer Pilz in Grünberg zu Weiß und Bauch zu Lauban, sowie der Güter-Expeditions-Assistent Pilz in Landes-

but sind definitiv als solche bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn angesetzt worden.

— Aus Niederschlesien, 23. November. [Die Mitbenutzung katholischer Kirchen bei evangelischen Begräbnissen.] Das Reichenbacher Wochenblatt berichtet, daß den dortigen evangelischen Geistlichen von dem betreffenden katholischen Pfarrer die Betreuung des Altars und die Benutzung der Kanzel bei Begräbnisfeierlichkeiten in seinen Filialkirchen untersagt worden sei. Da diese Angelegenheit nicht bloß die evangelische Parochie Reichenbach, sondern fast alle evangelischen Gemeinden in den ehemaligen Fürstenthümern Schweidnitz, Jauer, Glogau etc. berührt, so ist es nothwendig, daß dieselbe in der schlesischen Presse als eine Provinzialische besprochen werde, da sie mit der Ehre und dem Wohle so vieler Gemeinden zusammenhängt. Bekanntlich wurden nach dem dreißigjährigen Kriege (1652) den evangelischen Gemeinden in den benannten Fürstenthümern mehrere hundert Kirchen weggenommen, die Geistlichen derselben und die Schul Lehrer vertrieben. Daherachtet der Intercession Englands, Hollands, Schwedens, Brandenburgs, Sachsen blieben die betreffenden evangelischen Gemeinden ihrer Kirchen beraubt, ja der Kaiser nahm später noch über 100 evangelische Kirchen weg, welche letztere er jedoch 1707 auf schwedische militärische Intercession wieder herausgeben mußte. So blieb es bis zur preußischen Erwerbung Schlesiens (1741). Großmuthig ließ Friedrich der Große den Katholiken diese hunderte weggenommenen Kirchen und gestaltete den bedrängten evangelischen Gemeinden nur, sich auf ihre Kosten Bebauungen zu erbauen, sowie evangelische Geistliche und Schullehrer anzustellen. Da dieselben jedoch die Güter und Einkünfte ihrer weggenommenen Kirchen nicht zurückbekamen, so mußten die neuen Selbständigen Kirchen und Kirchspielen ein einziges gebildet werden. Die Kirchhöfe als Gemeindebezirk blieben den einzelnen Gemeinden zum Simultangebrauch und mußten die evangelischen Geistlichen zu Begräbnissen von den neuen oft sehr entfernten Kirchen herbeigeschafft werden. Da bei öffentlichen evangelischen Begräbnissen Leichenpredigten, Sermons und Collecten gehalten werden und dazu der Gebrauch eines Gotteshauses zweckmäßig und nötig war, so wurden — von welchem Jahre an, ist dem Einender dieses nicht bekannt — die aus Ermannelung katholischer Parochianen leer stehenden oder wenig gebrauchten (weggenommenen) jetzt katholischen Kirchen zur evangelischen Benutzung bei Begräbnissen eingeräumt; daß Altar nach einstweiliger Entfernung des Sanctissimi meistens theils, die Kanzel stets. Sobald es in der zweiten Hälfte des vorigen und der ersten dieses Jahrhunderts, bis in der neuesten Zeit durch eine sonderbare Verbindung der ultraconservativen und ultraliberale Grundsätze der katholischen Kirche völlige Freiheit in der Regelung ihrer Angelegenheiten eingeräumt wurde. Da verbot denn auch der breslauer Fürstbischof mittels Hirtenbrief vom 1. März 1855 auf Allerhöchsten päpstlichen Befehl den Seinigen möglichst die Gemeinschaft mit den Evangelischen im zu familiären Umgange, bei deren Festen, in Simultan-Kirchen und Schulen. Es entstieg einer evangelischen Gemeinde bei Glogau der Mitgebrauch einer früher weggenommenen Kirche bei Begräbnissen, den sie zwar erst seit fünfzig Jahren gehabt hatte, und seine Geistlichen fingen an, auch in anderen Kirchen dieser Art die evangelischen Geistlichen und deren Gemeinden den Mitgebrauch derselben bei Begräbnissen zu erschweren. Sie verlangten, daß die evangelischen Pfarrer jedesmal förmlich von ihnen die Erlaubnis dazu erbitten müßten; daß sie wie bei Reichenbach geschehen, Kanzel und Altar nicht betreten dürfen. Die Folge davon war, daß evangelischseits diese Begräbnisse unter freiem Himmel oder in Schulstuben gehalten werden mußten. Wie ungemein demütigend, ja gründlich gefährlich dies für die betreffenden Evangelischen ist, bedarf keines Beweises und man darf wohl hoffen, daß die kirchlichen Staatsbehörden, die weltlichen wie die geistlichen, dienen Übergriff der Klerikalen annullieren werden. Oder auf welchen Rechtsstiel stützt er sich und auf welchen führen wir uns? Der katholische Clerus auf den Besitz dieser Kirchen, die er durch die Gewaltmaßregel des römischen Kaisers Ferdinand II. erlangte, indem dieser den sächsischen Accord vom 18. Februar 1621 und den westphälischen Frieden brach, welcher den Besitzstand der beiden Kirchen in Deutschland auf das Jahr 1624 normirte, wo die betreffenden Kirchen fast alle in evangel. Händen waren; ferner auf die preußischen Friedensschlüsse, welche jedoch der römischen Kirche keinen status quo strictus sichern, sondern, wie der Erfolg bewies, die Majestätsrechte des Königs und gerechte Forderungen der Protestanten wahrten und erfüllten. Wie Evangelischen führen uns auf den Besitz dieser Kirchen von der Reformation an bis zum Jahre ihrer gewaltsamen Begnadigung (1652) und auf den speziellen Gebrauch derselben bei Begräbnissen seit der preußischen Erwerbung Schlesiens bis in die neueste Zeit, also auf eine hundertjährige Observeanz und deshalb auf eine dreifache Verjährung. Mit solchen Rechtsstücken in den Händen verlangen wir von den katholischen schlesischen Behörden die Achtung unserer bisherigen Rechte in der fraglichen Angelegenheit und hoffen von unseren Behörden zuverlässiglich die Wahrung derselben.

† † Löwen, 23. November. [Zur Tagesgeschichte.] Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden gewählt, in der dritten Abtheilung Apotheker Auf (Wiederwahl), Schmiedemeister Reichelt (Erstwählbar); in der zweiten Abtheilung Färberbesitzer Werner und Kaufmann Hannack (Wiederwahl), Dr. med. Ludwig (Eriagwahl); in der ersten Abtheilung Kaufmann W. Stendel sen. (Wiederwahl). Die Gewählten sind sämlich evangelisch. Die Theilnahme an der Wahl war immerhin eine nur mäßige, was die evangelische Parthei anlangt, dagegen zeigte sich im Lager der Katholiken der früheren Gleichgültigkeit gegenüber einer besondern Klarheit, um die von ihnen aufgestellten Candidaten Postamts-Baumeister Blum und Eisenbahngärtner-Erbeilic durchzubringen. Doch die Wahl ergab obiges Resultat. — Die schon vor Jahren dagewogene Mitteilung taucht diesmal jedoch mit größerer Bestimmtheit wieder an, nämlich die Anlage eines jüdischen Kirchhofes am hiesigen Orte. Durch Zugang, Verheirathung, Geburten etc. hat die hiesige jüdische Gemeinde seit Jahren ihre Seelenzahl wesentlich vermehrt. Während sie selbst der Gemeinde Brieg incorporirt ist, muß sie ihre Toten nach dem nächstgelegenen jüdischen Kirchhof in Schurgast degradieren. Bei einer Ensernung von einer halben Meile sind sowohl Sommer wie Winter dergleichen Vorlommisse für die Theilnehmer lästig. Die Zahl und Mittel der hiesigen stimmberechtigten Juden erheben mit Leichtigkeit das Object zur Deduction der entstehenden Kosten, und hat man auch schon einen entsprechend gelegenen Flecken Ackergrund zum Untertauf in entsprechender Lage in Aussicht genommen, so daß wohl das Ganze bald ins Leben treten wird. — Vor wenigen Tagen mußte eine noch junge, mit Familie verehrte Ehefrau, deren Gemahlin in Arbeit vom Orte abwesend ist, mit aller Kraftanstrengung nach der städtischen Krankenanstalt geschafft und dort unter Aufsicht gestellt werden. Mit Krämpfen befallen, hatten auch diese sie wieder aufzufassen und nach ihrem Verlaß sie in einen geistesgekrüppelten Zustand versetzt. Hierin und zum Glück, daß es Tag war, legte sie in ihrer Stube, einem in einer Färberei gelebten Zimmer, Feuer an, und schon war sie selbst von Flammen ergriffen, als zur Verbüßung eines großen Unglücks, denn bald hätte die Färberei mit Farben und Vorräthen in Brand stehen können, ein in der Nähe arbeitender Holzsärlager der traurigen Scene durch schnelle geeignete Maßregeln noch zeitig genug ein Ende machen konnt. — Unter Leitung und auf Anlaß des Herren Stendel, Hayn und Grunwald hat sich im gelben Löwen für diesen Winter eine Ressource gebildet, die am Donnerstag jeder Woche ihren Vereinsabend haben soll. Ebenso, daß sich der zeitige Bürgerliche Männer-Gesangverein unter Leitung seines Musilmasters Lehrer Mehrti bei Wiederwahl des Letzteren von Neuem constituirt, um mit geeigneten Aufführungen an den Feiertagen bei Verfolg nützlichen Zwecks für die Einnahme vor die Öffentlichkeit zu treten. Endlich sollen auch noch Abonnement-Concerthe ins Leben treten. Wird das nicht zu viel sein?

Stettin, 22. Novb. [Wochenbericht.] Das Wetter war in den letzten Tagen regnerig und neblig bei milder Luft, so daß in der Ostsee mit Ausnahme von Petersburg alle größeren Häfen noch eisfrei sind. Unsere Zufuhren waren in den letzten 8 Tagen etwas stärker, da noch ein Paar Ladungen Roggen von Russland und Preußen eintrafen. Die Berichte über den Stand der Wintersaaten bleiben meist befriedigend. Weizen. Die Zufuhren blieben schwach und unser Lager vermindert sich allmälig, die Preise haben sich gut behauptet. Die englischen Märkte, welche noch ziemlich gute Zufuhren erhalten, haben sich wenig verändert. Man glaubt dort freilich, daß Frankreich nicht soviel produzieren wird, als früher angenommen wurde, aber Amerika und Russland sollen den Ausfall decken. Roggen. Die letzten Russischen Zufuhren sind eingetroffen und da nun in nächster Zeit nur noch von Königsberg Einges zu erwarten ist, so wird bei dem fortlaufenden Abzug des Lagers sich bald verlieren. Im Frühjahr sieht von der Weichsel und Warthe weniger als sonst gewöhnlich in Aussicht; doch ist es wahrscheinlich, daß von Russland starke Zufuhren eintreffen. In Gera steigt der heutige Markt etwas stiller. Käufer waren wieder zurückhaltend.

In Hafer ist der Umsatz nur unbedeutend. Termine eher matter, besonders November.

In Erbsen kleines Geschäft. Die nur unbedeutenden Zufuhren finden nur schwer Käufer.

Rübböhl. Die Umsätze bleiben schwach, Speculationslust fehlt wegen der gestiegenen Preise, da das Rübenlager bedeutender als seit vielen Jahren ist.

Spiritus. Locoware ist noch anhaltend begehrt zur Complettierung früherer Verschlüsse. November ist wegen Deckungen höher, spätere Termine weniger gefragt.

**S. Stettin, 23. Novbr. [Stettiner Börsenbericht.]** Wetter: schön. Temperatur + 7° C. Barometer 28" 1". Wind: SW. — Weizen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber nach Dual. 51—80% Thlr. bez., pr. November 82% Thlr. bez., pr. Novbr.-Dezbr. 82 Thlr. bez., pr. Frühjahr 82% Thlr. bez. u. Glb. 82% Thlr. Br., pr. Mai-Juni dito. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco riss. 52—55% Thlr. bez., inländ. 53—56% Thlr. bez., pr. November 55% Thlr. bez., pr. November-December 55%, 1% Thlr. bez., pr. December-Januar 55% Thlr. bez., pr. Januar-Februar 55% Thlr. Br., pr. Frühjahr 56—56% Thlr. bez., pr. Mai-Juni dito. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50—56 Thlr. bez. — Hafer still, pr. 2000 Pfd. loco 38—46 Thlr. bez., pr. Frühjahr 46 Thlr. Br. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben pr. 2000 Pfd. (die gestrige Notiz von 104%—1% Thlr. bez. bezieht sich auf September-October 1873) September-October 104 Thlr. bez. — Rübböhl still, pr. 2000 Pfd. loco 23% Thlr. Br., pr. November 22% Thlr. bez. u. Glb., pr. November-December u. December-Januar 22% Thlr. Glb., pr. April-Mai 23% Thlr. Glb., 24 Thlr. Br., pr. September-October 24 Thlr. Glb., 24% Thlr. Br. — Spiritus matt, pr. 100 Liter à 100 pfd. loco ohne Fak 19 1/4, 19 Thlr. bez., in einem Falle 19 1/4 Thlr. bez., kurz Lieferung 19 Thlr. bez., pr. November 19 1/4, 19 Thlr. bez. u. Br., pr. November-December 18 1/4—1% Thlr. bez. u. Br., pr. Frühjahr 18%, 1% Thlr. bez. — Petroleum loco 7% Thlr. Br., pr. November-December 7% Thlr. Br., 7% Thlr. bez., pr. December-Januar 7% Thlr. Br., pr. Januar 7% Thlr. Br., pr. Januar-Februar 7% Thlr. Br.

Angemeldet: 2000 Etr. Roggen.

Reaumuringspreise: Weizen 82%, Roggen 55%, Rübböhl 22%, Spiritus 19 Thlr.

Heutiger Landmarkt: Weizen pr. 25 Schfl. 60—82 Thlr., Roggen pr. 25 Schfl. 52—57 Thlr., Gerste pr. 25 Schfl. 40—51 Thlr., Hafer pr. 26 Schfl. 26—32 Thlr., Erbsen pr. 25 Schfl. 52—56 Thlr., Kartoffeln pr. 24 Schfl. 12—16 Thlr., Brot pr. Etr. 22 1/2—27 1/2 Sgr., Stroh pr. Schaf 7 bis 9 Thlr.

**Posen, 23. November. [Producten-Bericht von Lewin Berliner Söhne.]** Roggen: (pro 1000 Kilogramm) flau. Kündigungsspreis —. Gel. — Wsp., November 56 Br., November-December 55% Br., 55% G., December-Januar —, Januar-Februar —, Frühjahr 55% bez. u. Br., April-Mai 55% G., Mai-Juni 55 bez. u. G. — Spiritus: (pro 10,000 Liter %) matter. Kündigungsspreis —. Gel. — Liter. November 17 1/2 bez. u. G., December 17 1/2 bez. u. Br., Januar 17 1/2 bez. u. Br., Februar 18 G., März 18 1/2 bez. u. G., April-Mai 18% bez. u. Br., Mai —, Juni —.

**Posener Markt-Bericht.** Weizen: fest, pro 1050 Kilogramm seines 92—96 Thlr. mittel 85—88 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: höher, pr. 1000 Kilogramm seines 58—60 Thlr., mittel 55%—56% Thlr., ordinär 53—54 Thlr. — Gerste niedriger, pr. 925 Kilogr. seines 47—49 Thlr., mittel und ordinär 44—45 Thlr. — Hafer: matter, pr. 625 Kilogr. seines 28%—29% Thlr., mittel u. defect 25—27 Thlr. — Erbsen: ohne Angebot, pr. 1125 Kilogr. Koch-Erbsen 54—56 Thlr., Futter-Erbsen 48—50 Thlr. — Lupinen: offeirt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 30—32 Thlr. — Brot: pr. 1000 Kilogr. — Dolsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Rips — Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogramm 78—82 Thlr. — Buchweizen: in seiner Waare begehrt, pr. 875 Kilogr. 46—50 Thlr. — Feinste Waren über Notiz. — Wetter: Schön.

**F. H. Magdeburg, 23. Nov. [Buder-Wochenbericht.]** Der Budermarkt ist in fester Haltung geblieben. Von Nohuckern wurden ca. 64,000 Etr. zu leichten Preisen umgesetzt. Beliebte Marken der besten Crystallzucker erzielten einen Abzug von 1/2—1% Thlr. Die Notirungen sind für 92% erste Produkte 10%—10 1/2 Thlr., 93% do. 10%—10 1/2 Thlr., 94% do. 11—11 1/2 Thlr., 95% do. 11 1/2—11 1/2 Thlr., 96—97% Kornzucker 11%—12% Thlr., je nach Farbe und Korn, Crystallzucker 1a. 13%—13 1/2 Thlr., Crystallzucker IIa. 13—13 1/2 Thlr., Nachprodukte 9—10% Thlr.

Nassfutter-Zucker haben ihren Preisstand fast beibehalten und erscheinen sich besonders Produkten guter Frage. Handelt sind teilweise loco teils auf kurze Lieferung ca. 50,000 Brode und 12,000 Etr. gemahlene Zucker und Farne.

Notirungen: Extra feine Raffinade incl. Fak — Thlr., feine do. 16%—17 Thlr., feine do. 16%—17 Thlr., gemahlene do. 16 1/2—17 Thlr., fein Melis excl. Fak 16 1/2—16 1/2 Thlr., mittel 16%—16 1/2 Thlr., ordinär do. 16 Thlr., gemahlen Melis incl. Fak 14%—14 1/2 Thlr., Farne do. 12—13% Thlr.

**Kunkelrüben-Syrup 42—42 1/2 Sgr. per Etr. excl. Tonnen.**

**B. Dresden, 23. Nov. [Wochenbericht.]** Anschließend an unsern Bericht vom 16. d. haben wir heute in gewohnter Betrachtung der auswärtigen Plätze anzutreffen, dass England in seiner Festigkeit nicht nachgelassen, während sich in Frankreich die Stimmung aufs Neue verbesserte und findet dadurch auch höhere Preise für Mehl zur Geltung gekommen.

In Belgien war das Geschäft nicht besonders lebhaft, doch blieb die Stimmung eine günstige; Holland zeigte etwas mehr Begehr nach Waare, was die Preise etwas aufweserte und hatte auch der Rhein ein reges Geschäft, wodurch die Preise in einen besseren Stand versetzt wurden.

In Berlin hat die Haiffe mehr Anhänger gefunden und führten die vorgenannten größeren Speculationsläufe einen Wochenrauschaufschlag von circa 1 Thlr. für Roggen herbei, während Weizen trotz des darin stattgehabten regen Geschäfts weniger profitierte.

In Sachsen hat das Geschäft wegen Mangel an feinem Roggen- und Weizenqualitäten noch immer große Beschränkung zu erleiden; die Zufuhren sind in beiden Getreidegattungen so spärlich, daß sich kaum der Consument davon befriedigen läßt und bleibt der Weizenhandel deshalb vornehmlich noch auf Saalwaaren verwiesen, so sehr auch gegen dieselben Antipathien vorhanden sind.

Zeitweise wird Sachsen jetzt in Roggen mit böhmischer Waare, die qualitativ bestreift, verorgt, doch sind es nur die an der Grenze gelegenen Orte, welche den derartigen Anlaufen Rendiment finden.

Jedermann zahlt man hier für seine Qualitäten in Roggen sowohl wie in Weizen sehr günstige Preise und wird es sich bald herausstellen, ob eigene Zufuhren dem Handel das erforderliche Material zu bieten im Stande sind, oder ob man genötigt sein wird, durch Bewilligung höherer Preise von Auswärts Waare heranzuziehen. Bis jetzt, wie schon gesagt, sieht es mit unseren Zufuhren sehr kläglich aus.

Mit Gerste ging es in verloßener Woche nicht sonderlich gut; das Angebot erwies sich mit jedem Tage und mußte dieser Artikel deshalb von seinem früheren Werthe einbüßen.

In Hafer war das Geschäft sehr still, wie auch in Dolsaaten, welche weiter im Preise zurückgingen; nur für neue Bohnen, rohe Hirse, Buchweizen blieb die Frage im Uebergewicht und liegt deshalb eine Verbesserung der Preise vor. Alte Bohnen sind nur mit Schwierigkeiten bei billigen Preisen unterzubringen.

Wir notirten heute pr. 2000 Pfd. Zollgewicht = 1000 Kilogramm netto: Weizen, weizen 88—96 Thlr., do. gelben inländ. alten 88—90 Thlr., do. gelben inländ. neuen 85—88 Thlr., do. alten galizischen 73—86 Thlr., do. neue Saalwaare 88—88 Thlr. Roggen, neue trockne Waare, 63 bis 65 Thlr., do. seines alten 60—62 Thlr., do. geringere 56—59 Thlr., do. Petersburger 57—60 Thlr., do. Odesa — Thlr. Gerste, neue 56 bis 63 Thlr., do. alte — Thlr. Erbsen, Kochmaise, 54—58 Thlr., do. Butterwaare 50—52 Thlr. Bohnen 65—75 Thlr. Linsen 65—80 Thlr. Hafer, neue Waare, 44—47 Thlr. Mais 55—56 Thlr. Raps 90—98 Thlr. Rüben (Raps) 100—103 Thlr. Leinsaat 66 Thlr. Hirse, roh 55—57 Thlr. Buchweizen (Heidelorn) 63 bis 66 Thlr.

**Beimar, 23. Novbr. [Der Verwaltungsrath der Weimarer Bank]** beschloß, die bisher reservirten Bankactien, im Betrage von 1 Million den Actionären zum Course von 115 in der Weise zu überlassen, daß den Inhabern von 4 Actien hierauf je eine der reservirten Actien gewährt wird.

**Londoner Colonialwaar-Markt.** Donnerstag, 21. Nov. Zucker besser. — Kaffee fest. — Reis matt. — Theen und Tute ruhig.

Metalle: Kupfer fester, Chil. Pfd. Sterl. 81 1/2—82 1/2, Balcaro Pfd. 106 1/2—110 Sgr., 132—135 Pfd. 107—109 Sgr., 134—15 Pfd. 108—110 Sgr., bunt 124—5 Pfd. 92 Sgr., 126—7 Pfd. 97 Sgr., 129—30 Pfd. 96, 97,

Binn: ruhig, Pfd. Sterl. 23, 5—23, 10. Petroleum: fest, zu 1 Sh. 7 1/2 D.

Terpenin: fest, zu 41.

Baumwollsaamenöl: ruhig, Hull 32, 3—32, 6.

Rübböhl: fest, loco Pfd. Sterl. 42, December 42, 10, Januar-April 42.

Leinöl: fest, London 34, 6, in Exportfässern 34, 9, Hull und kauf. Monat und Decbr. 34—34, 3, Januar-Marz 34, 3—34, 6.

## Berliner Börse vom 23. November 1872.

### Wechsel-Course.

Amsterdam	250FL	k. S. 15	140%	bz.	Divid. pro	1870	1871	Zf.	47 1/2	bz.
do.	do.	2 M.	139 1/2	bz.	2 1/2	5	5	4	47 1/2	bz.
Hamburg	300 Mk.	k. S. 13	147 1/2	bz.	8	7 1/2	136 1/2	1/2	136 1/2	bz.
London	1 Lst.	3 M.	62 1/2	bz.	16	18 1/2	226 1/2	etb.	226 1/2	bz.
Paris	300 Frs.	2 M.	—	—	1	0	103 1/2	1/2	103 1/2	bz.
Wien	150 Fl.	8 T.	91 1/2	1/2 G.	10	10 1/2	232 1/2	G.	232 1/2	bz.
Angsburg	100 Thlr.	2 M.	56 1/2	bz.	20	14	160 etb.	1/2	160 etb.	bz.
Frankf.a.M.	100FL	2 M.	91 1/2	1/2 G.	do.	do.	187 etb.	1/2	187 etb.	bz.
Petersburg	100SR.	8 T.	51 1/2	99 1/2 G.	do.	do.	187 etb.	1/2	187 etb.	bz.
Bremen	—	8 T.	5	—	do.	do.	176 1/2	5 1/2	176 1/2	bz.

### Fonds und Geld-Course.

Nord. Bundes-Anl.	v. 1859	102	B.	Aachen-Mästricht	Divid. pro	1870	1871	Zf.	47 1/2	bz.	
Freiw. Staats-Anleihe	v. 1859	102	B.	Berg.-Märkische	8	7 1/2	136 1/2	1/2	136 1/2	bz.	
Staats-Anleihe v. 1859	102	102	B.	Berlin-Anhalt	16	18 1/2	226 1/2	etb.	226 1/2	bz.	
do.	2 M.	102	102	B.	Berlin-Görlitz	1	0	103 1/2	1/2	103 1/2	bz.
London	1 Lst.	3 M.	—	Berlin-Humb.	10	10 1/2	232 1/2	G.	232 1/2	bz.	
Paris	300 Frs.	8 T.	92 1/2	1/2 G.	Berl.-Potsd.-Magd.	20	14	160 etb.	1/2	160 etb.	bz.
Wien	150 Fl.	8 T.	91 1/2	1/2 G.	Berl.-Stettin	9 1/2	11 1/2	187 etb.	1/2	187 etb.	bz.
Leipzig	100 Thlr.	2 M.	56 1/2	bz.	Böhnm.-Westbahn	7 1/2	9 1/2	109 1/2	1/2	109 1/2	bz.
do.	do.	2 M.	47 1/2	—	Breslau-Freib.	5	5	121	1/2	121	bz.
Frankf.a.M.	100FL	2 M.	—	de. neue	10 1/2	11 1/2	176 1/2	5 1/2	176 1/2	bz.	
Petersburg	100SR.	3 M.	61/2	89 1/2	Cöln-Minden	5	5	66 1/2	1/2	66 1/2	bz.
Warschau	90 SR.	8 T.	82 1/2	bz.	Dux-Bodenbach	8	8 1/2	108 1/2	1/2	108 1/2	bz.
do.	do.	8 T.	5	—	Gal. C. Lud						

